Das geplante Chaos zur Errichtung einer Neuen Weltordnung (WEF)

Chaos soll die Welt in ihren Grundfesten erschüttern.

Der perfide Plan dahinter:

Wenn alles aus den Fugen gerät, wünschen sich völlig verängstigte Bürger nichts sehnlicher, als dass endlich wieder jemand für Ordnung sorgt.

Die Menschen sind dann bereit, sich jedem Diktat des vermeintlichen Retters zu beugen.

Die zweite Phase des Masterplans zur Neuen Weltordnung hat begonnen

Der Masterplan der Machtelite: Wie wird sie für Chaos sorgen? Was ist ihr Endziel?

- Das Denken der Menschen wird verwirrt: durch die Umwertung von Begriffen, die Zerstörung von Werten, das »Canceln« von Vertrautem, die Verbreitung von Fake News und vieles mehr.
- Die Masseneinwanderung nach Europa wird weiter enorm forciert: Sie spaltet die Gesellschaft, zerstört die innere Sicherheit und zersetzt Traditionen, Werte, Kulturen und den Nationalstaat. Bürgerkriege drohen.
- Nahrungsmittel- und Energieversorgung werden gestört:
 Das, was für die Bürger überlebensnotwendig ist und bislang selbstverständlich war, gerät in Gefahr.
- Kriege und geopolitische Konflikte werden angeheizt.
 Die Folgen sind Mangel, Flucht, Elend und Tod.

Besonders bedenklich:

Die selbst ernannten Herrscher rüsten die USA und ihre Verbündeten immer weiter gegen die Rivalen Russland und China auf. Was einmal mehr dem Zweck dient, die Menschen zu ängstigen und für Chaos zu sorgen, macht einen Dritten Weltkrieg immer wahrscheinlicher. Die Machtelite scheint dies zur Durchsetzung ihrer Interessen offensichtlich in Kauf zu nehmen.

Die meisten Menschen sehnen sich nach Ruhe, Frieden und Sicherheit. Doch die Medien und die Politiker berichten und reden vom genauen Gegenteil: Kriege brechen aus; Truppen und Waffen werden mobilisiert; Terroristen bomben unschuldige Menschen in den Tod; Staaten versinken in blutigen Bürgerkriegen; ganze Völker begeben sich auf Wanderschaft; Wirtschaften brechen zusammen; die Versorgung mit Nahrung und Energie ist ungewiss geworden. In einer derart chaotischen Welt scheinen Ruhe, Frieden und Sicherheit nicht mehr möglich zu sein.

Die überwiegende Mehrheit scheint nicht bewusst zu sein, dass dieses Chaos absichtlich herbeigeführt, ja regelrecht inszeniert wird.
Chaos erzeugt Angst, und Angst lähmt, macht uns gefügig und treibt uns in die Arme mächtiger Retter.

<u>Ein erstes Beispiel dafür ist die »Überflutung der wirtschaftlich wichtigen</u> europäischen Staaten mit Flüchtlingen.

08.03.24 1/11

In den Jahren 2022 und 2023 kamen über eine halbe Million Afrikaner, die auf der Südroute über Libyen und Italien nach Europa vordrangen, und vor allem aus Westafrika – Gambia, Nigeria, dem Senegal und von der Elfenbeinküste – stammen.

Als klassische Wirtschafts- und Sozialmigranten machen sich die meisten von ihnen infolge Überbevölkerung, Armut und Perspektivlosigkeit auf den Weg.

Seit Oktober 2023 fliehen Palästinenser vor dem Blutbad im Gazastreifen, und vom 1. Januar 2024 an wird Hunderttausenden Afghanen von Pakistan das Bleiberecht verwehrt. Mit dieser Migrationswaffe wird Europa destabilisiert, und die Konflikte in den Herkunftsländern der Migranten werden auf europäischen Strassen ausgefochten.

Um Chaos zu erzeugen, ist es notwendig, Menschen geistig zu verwirren. Wie das funktioniert, erlebten wir 2020, als ein Virus zur lebensbedrohenden Pandemie erhoben und infolgedessen alles umgekehrt wurde, was wir bis dahin als sinnvoll empfunden hatten:

Nicht die Kranken wurden – wie es bis dahin allgemeinen Konsens war – isoliert, sondern die gesamte Bevölkerung!

Die Aussagen der verantwortlichen Politiker und die von ihnen verordneten Massnahmen widersprachen sich von einem Tag auf den anderen.

Mit einem Mal war das gewohnte Leben auf den Kopf gestellt. **Menschen- und Grundrechte** galten nicht mehr, und die Bürger waren der staatlichen Willkür ausgeliefert.

Covid-19 war keineswegs das erste Manöver dieser Art.

Seit Jahren wird das Vertrauen in die amtierenden nationalen Regierungen erschüttert, indem die politischen Parteien Personen in Ämter hieven, für die sie absolut keine Qualifikation besitzen. Wie soll die Bevölkerung ein Gefühl von Sicherheit und Ordnung – also dem Gegenteil von Chaos – haben, wenn z.B. in Deutschland ein Wirtschaftsminister in seinem früheren beruflichen Leben Kinderbuchautor, ein Landwirtschaftsminister gelernter Sozialpädagoge, ein Verteidigungsminister Oberbürgermeister und Minister für Inneres in einem Bundesland, ein Finanzminister Philosophie und Politikwissenschaftsstudent oder eine Familienministerin Volkswirtin war? Oder wenn die politische Führungsriege zum Grossteil aus Studienabbrechern ohne profunde Berufsausbildung besteht?

Wenn Minister nach Belieben in andere Ressorts versetzt werden, von denen sie noch weniger Kenntnis haben als in ihrem vorherigen Aufgabenbereich?
Wenn die Spitzenpolitiker in zahlreiche Korruptionsvorwürfe verstrickt sind?

Oder wenn Posten nicht nach Eignung,
sondern nach «geschlechtsspezifischen Quoten» vergeben werden?

Genau diese Frage der Geschlechtszugehörigkeit ist von den Medien und den Parteien (SP) zum alles beherrschenden Thema der öffentlichen Diskussion hochgepeitscht worden, obwohl jeder weiss, dass es wahrhaft wichtigere Themen gibt.

Auch in Schulen wehen sie inzwischen, die Fahnen mit den Regenbogenfarben, und in amerikanischen Schulen flattern daneben die Flaggen der Pride- und der Black-Lives-Matter-Bewegung. Die sogenannte »Woke«-Ideologie mit Essensvorgaben hält Einzug in den öffentlichen Raum. Was wollen uns diese neuen Denkweisen sagen?

08.03.24 2 / 11

Männlichkeit wird als toxisch verunglimpft und Frauen wird beigebracht, männliche Annäherungsversuche als Bedrohung zu betrachten. Heterosexuelle werden systematisch entsexualisiert und gleichzeitig LGBTQ-Menschen übersexualisiert bis zu dem Punkt, an dem auf Pride-Paraden unter dem Beifall der Zuschauer – darunter auch Kinder – Sado-Maso-Demonstrationen dargeboten werden.

Die Fahne steht nicht mehr für eine Bürgerrechtsbewegung, sondern ist zum Symbol einer Ideologie geworden.

Und diese und die mit ihr verbundenen LGBTQ-Gruppen werden von jedem Machtzentrum in unserer Gesellschaft unterstützt. Grossbanken, Unternehmen, Denkfabriken und Regierungen stellen unglaubliche Summen für deren Projekte zur Verfügung.

Siehe SRF-TV Werbung! Mehr «People of colour» anstelle von einheimischen Darstellern!

Die **Pride-Bewegung** ist Teil der aktuellen Kulturrevolution. Moral und Recht werden **nicht mehr durch den gesellschaftlichen Konsens, sondern von jedem Einzelnen etabliert,** und sind damit subjektiv und veränderbar. Uralte Lebensregeln, herkömmliche Identitäten und angeborene Geschlechtszugehörigkeit sind abgeschafft beziehungsweise werden zu einer Angelegenheit subjektiver Wahrnehmung. Der moralische Kompass, der das gesellschaftliche Leben bisher geregelt hat, wird als soziales Konstrukt diffamiert, das nicht mehr zeitgemäss und durch die »Cancel-Culture« ersetzt wird.

Doch die Unterordnung europäischer Konzerne und Organisationen unter die Regenbogenflagge ist noch gar nichts gegen jene in den USA, denn dort wagt kaum noch ein Konzern, »nicht dem «Pride Month» Tribut zu zollen und sich öffentlichkeitswirksam unter dem Banner des Regenbogens zu positionieren.

Folge man dieser Ideologie, so sei »die sexuelle Identität eines Menschen eine blosse «soziale Konstruktion» ohne realen Bezug zu seiner körperlichen Konstitution, weshalb er über die Freiheit verfüge, »ständig ein anderes Geschlecht und damit andere sexuelle Rollen» anzunehmen. Dies impliziere nicht nur »die Verharmlosung von Geschlechtsumwandlungstherapien und -operationen, die Forderung nach repräsentativen «Quoten» in allen denkbaren Körperschaften und die Einführung von LGBTQ-Themen bereits in der Grundschule oder sogar im Kindergarten, sondern letztlich die Auflösung des Begriffs der natürlichen Familie selbst.

Die sogenannte »Cancel Culture« (»Lösch«- oder »Zensurkultur«) ist ein weiterer Begriff in diesem Systemumbau. Er bedeutet, dass Personen oder Organisationen öffentlich an den Pranger gestellt werden, wenn sie angeblich diskriminierende, rassistische, antisemitische, verschwörungsideologische, homophobe oder transphobe Aussagen gemacht, im Grunde aber gegen jenes Gedankengut verstossen haben, welches in einem gegebenen Moment als politisch korrekt etabliert wurde. Ein mit Cancel Culture verwandter Begriff ist »Deplatforming«, was bedeutet, dass man den Betroffenen die öffentlichen Plattformen entzieht.

Der totalitäre Wahnsinn der Cancel Culture wird am Phänomen des »Sensitive Reading« deutlich: Belletristische Bücher werden von Tugendwächtern auf nicht genderneutrale Sprache untersucht und politisch korrekt umgeschrieben.

08.03.24 3 / 11

Dieser Prozedur fallen mittlerweile sogar Klassiker der Weltliteratur zum Opfer, so dass der Inhalt von Büchern, die ganze Generationen wertgeschätzt und geliebt haben, zensiert und ideologisch verunstaltet wird, was im Übrigen gegen das Urheberrecht verstösst. Korrekte Gedanken werden durch ein System der gegenseitigen Überwachung durchgesetzt, das sich die Möglichkeiten der Internettechnologie zunutze macht, um zu überwachen und dann zu bestrafen.

Das Flüchtlingsdrama in Europa war vorhersehbar, es ist geplant und gut organisiert und es ist Teil des Krieges, den die Mächtigen in den USA gegen die eigene Bevölkerung und gegen den Rest der Welt führen.

Ein wesentlicher Part dieser Strategie sei »die Abschaffung von Nationalstaaten und somit von nationaler Identität, von Grenzen, von Freiheit und Eigenständigkeit.

Zwing die Menschen in die Knie, dann werden sie allem zustimmen, was Du von ihnen verlangst!

Denken Sie, dass ein solcher Plan aufgehen kann? Nun, das tut er bereits!

Im Oktober 2023 verschärfte sich die Migration erneut.

Der neue Nahost-Krieg kann man als Kampf der Kulturen bezeichnen,
einen »Kampf der islamischen gegen die westliche Welt,
gegen das sich im Niedergang befindliche Abendland.

<u>Die Muslime in Wien, Berlin oder Brüssel sind geistig und kulturell nie im Westen</u> angekommen, denn ihre seit Jahrzehnten diskutierte Integration »war nie mehr als eine Lüge, ein leeres Versprechen, um die einheimischen Bürger ruhig zu stellen, ihnen die Massenmigration als positive Entwicklung verkaufen zu können.

Sollten sich die neuen, extrem brutalen Strategien der Hamas als nützlich und erfolgreich herausstellen [...], werden sie auch in europäischen Städten und an Europäern angewandt werden. Der islamische Terror wird auch in Europa eine neue Eskalationsstufe erreichen, zumal die EU-Staaten über weit weniger effektive Sicherheitskräfte als Israel verfügen.

Der mangelnde Selbstbehauptungswille und die sinkende Bereitschaft zum Schutz des eigenen Landes und seiner Werte sind »auch in Israel mit ein Grund für den brutalen und massiven Terrorangriff der Hamas«. »Wokeismus, LGBTQ-Kult und Klimahysterie verkörpert die Dekadenz der westlichen Gesellschaften.

Mit Ausweitung des Nahostkrieges wird sich der Migrationsdruck auf Europa erhöhen, und mit der dadurch verursachten Einwanderungswelle werden deutlich mehr Islamisten, Terroristen und Gotteskrieger nach Europa strömen als bisher. Folglich wachsen die Terrorgefahr und die Bedrohung des inneren Friedens massiv an.

Dass die EU jegliche Zuwanderungsbegrenzung ablehnt, zeigt, dass es »offensichtlich der Wille des politmedialen Establishments [ist], Europa mit Muslimen zu fluten"

Der ehemalige libysche Diktator Muammar al-Gaddafi hatte diese Entwicklung kommen sehen, als er im Februar 2011 prophezeite: »Ihr sollt mich recht verstehen. Wenn ihr mich bedrängt und destabilisieren wollt, werdet ihr Verwirrung stiften, Bin Laden in die Hände spielen und bewaffnete Rebellenhaufen begünstigen.

08.03.24 4 / 11

Folgendes wird sich nach ihm ereignen:

»Ihr werdet von einer Immigrationswelle aus Afrika überschwemmt werden, die von Libyen aus nach Europa überschwappt. Es wird niemand mehr da sein, um sie aufzuhalten«. Gaddafi sollte recht behalten.

In den meisten der 34 OECD-Länder nehmen die Flüchtlingsströme bereits zu.

Doch sie werden noch weiter ansteigen:

Etwa 2 Millionen syrische Flüchtlinge leben derzeit in der Türkei, wo zudem rund 300'000 Menschen aus Afghanistan, dem Irak und Pakistan ausharren, um einen Weg in die EU zu finden, und über 1,1 Millionen Syrer halten sich im immer unsicherer werdenden Libanon auf.

Eine düstere Prophezeiung gab der langjährige Exekutivdirektor des Welternährungsprogramms der **UNO**, **David Beasley**, ab. Er warnte:

»Ich möchte den Europäern sagen: Wenn ihr ein Problem mit der Migration, die aus dem Syrienkonflikt und der Destabilisierung eines Landes mit 20 Millionen Einwohnern resultierte, gehabt zu haben glaubt, dann wartet ab, bis die gesamte Sahelzone mit ihren 500 Millionen Menschen weiter destabilisiert wird.

Wenn dies geschieht, müssen Europa und die internationale Gemeinschaft aufwachen«.

Die Abwanderung von Menschen aus Afrika mit Europa als bevorzugtem Ziel ist längst im Gange. Laut einer Umfrage in fünfzehn afrikanischen Ländern vom Juni 2022 möchten mehr als die Hälfte der jungen Afrikaner ihren Kontinent in den kommenden Jahren verlassen.

<u>Die Migration nach Europa wird nicht nur von der Politik, sondern auch von den Kirchen</u> gefördert.

Caritas Internationalis hat im Herbst 2023 frühzeitige Migrationsmöglichkeiten für vom Klimawandel betroffene Bevölkerungen gefordert.

Ungeregelte Fluchtbewegungen seien mit Menschenrechtsverletzungen verbunden.

Anders gesagt: Was derzeit bei uns ungeregelt stattfindet, sei inhuman. Und offensichtlich nicht ausreichend, um all das Elend dieser Welt zu schultern. Von Wirtschaftsmigranten zu sprechen, wenn Menschen aufgrund des Klimawandels ihre Unterhaltsmöglichkeiten entzogen würden, sei irreführend. Man könne nicht erwarten, dass sie so lange mit einer Auswanderung warten, bis es um Leben und Tod gehe, heisst es bei der Caritas. Die Absicht ist klar: Aus dem Wirtschaftsmigranten soll der Klimamigrant werden. Caritas Internationalis sieht als Problem, dass ein klimabedingter Verlust von Lebensgrundlagen nicht unter die Fluchtgründe der UN-Flüchtlingskonvention falle. Das Genfer Abkommen von 1951 sollte entsprechend geändert werden.

Allerdings könnte Europa noch viel dramatischer überrannt werden.

So stellte der kürzlich verstorbene deutsche Wirtschaftswissenschaftler und Soziologe Professor Gunnar Heinsohn die Prognose auf

bis zu 950 Millionen Afrikaner und Araber könnten in den nächsten Jahren aus ihren Heimatländern in den »gelobten« europäischen Kontinent auswandern wollen und "aufgrund der hohen Geburtenrate unter diesen, durch weitere Migranten finanziert werden.

08.03.24 5 / 11

Dies werde angesichts des ungezügelten Zuzuges schlussendlich zu einem Kollaps führen, da die Sozialsysteme an einem gewissen Punkt zusammenbrechen. Eine anstehende Gefahr für die innere Sicherheit.

Wir brauchen gar nicht zu warten, bis sich Heinsohns Prophezeiungen erfüllen. Schon heute erleben wir, wie die Flüchtlingskrise die Gesellschaft radikalisiert, Auseinandersetzungen zwischen »Rechten« und »Linken« schürt und die Gefahr politischer Anschläge erhöht.

Nicht zuletzt trägt die **Wohnungsnot in den Städten** ihren Teil zu dieser Radikalisierung bei. **«Europa drohen Bürgerkriege».** Wird von den Linken (Frau J. Badran) vehement geleugnet.

Wir steuern also auf bürgerkriegsähnliche Zustände und damit auf ein Chaos zu!

Der ehemalige Direktor der CIA, Michael V. Hayden, warnt:

»Europäische Länder, von denen viele bereits grosse Einwanderergruppen haben, werden ein besonderes Wachstum ihrer muslimischen Bevölkerung sehen, während die Zahl der Nichtmuslime mit sinkenden Geburtenraten schrumpfen wird. Die soziale Integration von Einwanderern wird für viele Aufnahmeländer eine grosse Herausforderung darstellen – was wiederum das Potenzial für Unruhen und Extremismus erhöht, inkl. die Kriminalität."

Wie dieser Bürgerkrieg von muslimischer Seite angefacht werden soll, darüber gibt der Vortrag des Imams der al-Aqsa-Moschee in Jerusalem, Scheich Muhammad Ayed, Aufschluss, der über die Videoplattform YouTube verbreitet wurde.

«Die Aufnahme muslimischer Einwanderer habe nichts mit Barmherzigkeit zu tun, sondern solle nur die Fabriken mit jungen Arbeitern füllen. Denn die Europäer »haben ihre Fruchtbarkeit verloren, deswegen verlangen sie nach unserer».

Wir werden mit ihnen Kinder zeugen, weil wir ihre Länder erobern werden!

Und dann ruft Ayed aus: »Oh Deutsche, oh Amerikaner, oh Franzosen, oh Italiener und alle, die so sind wie ihr: Nehmt die Flüchtlinge auf!
Wir werden sie bald im Namen des «kommenden Kalifats» einsammeln!

Man werde diesen Völkern sagen: »Das sind unsere Söhne.

An die Muslime gewandt, erklärte er: »Die Juden und Christen werden euch nie mögen, aber ihr werdet dennoch nie ihren Religionen folgen.

<u>Diese dunkle Nacht wird bald vorüber sein, und dann werden wir sie niedertrampeln,</u> so Allah will."

Deutsche Politiker marschieren im Gleichschritt bei dieser Umgestaltung Europas mit.

So äusserte beispielsweise der frühere Vizekanzler **Sigmar Gabriel** den Wunsch, die europäischen Staaten sollten mehr afrikanische Flüchtlinge aufnehmen.

Und **Joachim Gauck** forderte die Deutschen in seiner Funktion als Bundespräsident dazu auf, sich beim Wandel Deutschlands hin zum Einwanderungsland in Geduld und Offenheit zu üben. Es sei ein langer Prozess, bis aus der alten Mehrheitsgesellschaft und den Einwanderern ein verändertes Deutschland hervorgehe!

08.03.24 6 / 11

Dann aber werde das <u>»gemeinsame Deutschsein«</u> nicht mehr nur die gemeinsame Staatsbürgerschaft meinen, <u>sondern es werde selbstverständlich sein,</u> dass Deutsche auch schwarz, muslimisch oder asiatisch sein könnten.

Soweit die Vorgeschichte. Wer möchte sich diesen DE und EU-Vorgaben anschliessen??? Inzwischen sind die oben zitierten Äusserungen zum Bevölkerungsaustausch längst umgesetzt worden:

Das Global-Compact-Abkommen, das zwischen allen UN-Mitgliedstaaten abgeschlossen wurde, soll die geordnete und permanente Migration in andere Länder garantieren.

Die Rechte der Migranten sollen gestärkt und die Zielländer zur unbeschränkten Aufnahme verpflichtet werden. Grundlage des Pakts ist die sogenannte New Yorker Erklärung.

In dieser Resolution aus dem Jahr 2019 hatten sich die Vertreter der UNO-Mitgliedstaaten darin geeinigt, sich global um die gewaltigen Flüchtlings- und Migrationsbewegungen zu kümmern. Es sei nötig, heisst es in dem Papier, »eine langfristige globale Ordnung zu schaffen, welche die Migrationsbewegungen in geordnete, weitgehend ungefährliche Bahnen lenke«.

Interessant ist vor allem Punkt 24 der New Yorker Erklärung, in der die UNO quasi als Weltregierung ein Verbot der Zurückweisung erteilt:

»Wir erklären erneut, dass Menschen gemäss dem Grundsatz der Nichtzurückweisung an Grenzen nicht zurückgewiesen werden dürfen.«

<u>Dann folgt ein Eingriff in die Polizeihoheit der Nationen</u>: »Wir werden sicherstellen, dass in Grenzgebieten tätige Amtsträger und Polizeibeamte darin geschult werden, die Menschenrechte aller Menschen zu wahren, die internationale Grenzen überschreiten oder zu überschreiten versuchen.«

Zur Steuerung der Umsetzung dieses Paktes rief die UNO ein globales Flüchtlingsforum ins Leben, das alle 4 Jahre in Genf stattfindet. Dort sollen die Staaten finanzielle und andere Zusagen machen, angeblich freiwillig.

Indessen ist abzusehen, dass zahlreiche NGOs und die von George Soros finanzierten Gruppierungen seiner Open Society Foundations ihren Einfluss dahingehend geltend machen werden, dass die Freiwilligkeit zur Verpflichtung wird.

Eine der Forderungen des UN-Migrationspaktes lautet: »Die Staaten und relevanten Interessenträger werden [...] «ihre nationalen Gesundheitssysteme erweitern und deren Qualität erhöhen, um den Zugang für Flüchtlinge zu erleichtern, insbesondere für Frauen und Mädchen, Kinder, Heranwachsende und Jugendliche, ältere Menschen, Menschen mit chronischen Erkrankungen, einschliesslich Tuberkulose und HIV, Überlebende von Menschenhandel, Folter, Trauma oder Gewalt, einschliesslich sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, und Menschen mit Behinderungen».

Genau dafür hat die EU das EU-Resettlement-Programm aufgelegt, also die »Umsiedlung« von Geflüchteten.

08.03.24 7 / 11

Dieses Programm soll »eine organisierte und dauerhafte Aufnahme von Flüchtlingen aus Drittstaaten ermöglichen [...], die besonders aufgrund ihrer rechtlichen und physischen Verfassung, ihres Alters (Kinder und ältere Menschen), ihres Geschlechts (alleinstehende Frauen) und ihrer Erfahrungen im Heimatland (Opfer von Gewalt/Folter) zu schützen sind. Der sogenannte Resettlement-Bedarf wird vom Hohen Flüchtlingsrat der Vereinten Nationen (UNHCR) festgestellt«.

Das Endziel – ein totalitärer Sklavenstaat

Die international angesehene Technische Hochschule Massachusetts Institute of Technology (MIT) hat einen Artikel ihres Chefredakteurs Gideon Lichfield mit dem Titel »We're not going back to normal« (»Wir kehren nicht zur Normalität zurück«) veröffentlicht, in dem er eine Art Programmplan für die Bevölkerung festlegt, der Wellen von Virusinfektionsausbrüchen und strenger sozialer Beschränkungen, gefolgt von Wellen begrenzter wirtschaftlicher Aktivität und begrenzter Ruhe voraussagt.

Lichfield prophezeit, »dass sich die Dinge nach einigen Wochen oder sogar einigen Monaten nicht wieder normalisieren werden. Manche Dinge werden es niemals tun. «Und so schlägt er eine »Massenüberwachung rund um die Uhr zur Virusverfolgung« vor.

Eine Massenüberwachung, wie sie etwa in der von Klaus Schwab gelobten Volksrepublik China praktiziert wird, wird allerdings auch notwendig sein, wenn infolge des immer grösser werdenden Chaos die Panik ausbricht. Sollte die einheimische Bevölkerung durch Impfschäden, Terror oder Krieg dahingerafft werden, ist der Bürgerkrieg auf europäischen Strassen ohnehin vorprogrammiert. Der Gedanke, in den westlichen Gesellschaften werde es zu einem Massensterben kommen, mag auf den ersten Blick abstrus erscheinen.

Wir wissen mit Sicherheit, dass es eindeutige Pläne gibt, uns rund um die Uhr zu überwachen. Wir wissen es, weil die ersten Schritte schon längst gemacht wurden. Die Erkenntnis, dass wir bereits pausenlos überwacht werden, verdanken wir den Enthüllungen des Whistleblowers Edward Snowden.

So schliesst sich das Netz der weltweiten Fluggastüberwachung, und aus einem solchen Überwachungs- und Kontrollstaat wird es bald keine Fluchtmöglichkeit mehr geben.

Totale Überwachung

Doch offenbar reichen der EU diese Massnahmen noch nicht.

In der Arbeitsgruppe »Informationsaustausch« des EU-Rates wird diskutiert, ob der Passenger Name Record auf den See- und Landweg ausgeweitet werden soll, ob also in Zukunft auch Zug-, Bus- und Schiffsreisende überwacht werden sollen. Zwar unterstützen die meisten Staaten die Idee, warnen aber vor juristischen und praktischen Hindernissen.

Neben dem PNR ist ein weiteres Projekt zur Kontrolle über unsere Reisen vorgesehen, hinter dem das Weltwirtschaftsforum steht:

die <u>Known Traveler Digital Identity (KTDI</u>, »Bekannte digitale Identität des Reisenden«). Das WEF machte die entsprechenden Einzelheiten auf einer Website für das KTDI-Projekt publik. Dort kann jeder nachlesen, was sich hinter diesem Vorhaben verbirgt, nämlich eine Handy-App, die folgende Daten eines Reisenden umfasst:

08.03.24 8 / 11

- biometrische Daten (zunächst Gesichtsbilder, möglicherweise auch Fingerabdrücke, Iris-Scans und so weiter)
- von der Regierung ausgestellte Ausweise (Passnummer und so weiter)
- Reiseverläufe einschliesslich Protokolle von Grenzübergängen, Hotelaufenthalten
- möglicherweise auch Mietwagen und/oder Veranstaltungen, Kaufprotokolle und möglicherweise Bankkontoinformationen und/oder andere Finanz- und Transaktionsaufzeichnungen
- vorausschauende »Risikobewertung« und Profilerstellung in Bezug auf mögliche Straftaten, die an jedem »Interventionspunkt« vor und während jeder Reise oder Transaktion erstellt wurden
- Immunitätsnachweise wie Impfungen oder zeitnahe Testungen

Nach dem KTDI-Plan soll jede Hotelübernachtung oder jede andere Transaktion in einen digitalen Reisepass (den sogenannten Trip-Pass) eingespeichert werden, der bei Bedarf von Behörden an »Interventionspunkten« wie Grenzübergängen oder Flughäfen kontrolliert und ausgelesen werden darf. Wie in einem Science-Fiction-Film werden mit der ID verknüpfte »Präkriminalitätsprofile«

mit einer Bewertung von »hohes Risiko« bis »geringes Risiko« erstellt.

"Auf dem ID2020-Gipfel der Vereinten Nationen in New York haben Accenture und Microsoft den ersten Prototypen dieses digitalen Ausweises vorgestellt.

Accenture hatte bereits für den UN-Hochkommissar ein ID-System für Flüchtlinge entwickelt, mit dem bisher 1,3 Millionen Geflüchtete in 29 Ländern biometrisch, also mit Fingerabdrücken und Iris-Scans, erfasst worden sind und das bis Ende 2020 auf 75 Länder ausgeweitet wurde.

In den Entwicklungsländern setzt ID2020 vor allem darauf, im Rahmen von Impfprogrammen die Kinder biometrisch zu erfassen.

So hat diese Organisation im September 2019 gemeinsam mit der Impfallianz GAVI, die von der Gates Stiftung massgeblich mitfinanziert wird, eine Kooperation mit der Regierung von Bangladesch verkündet. In deren Rahmen soll »Impfung als Gelegenheit und Hebel genutzt werden, digitale Identitäten zu etablieren«.

Das System »soll geeignet sein, nicht nur ein paar Millionen Flüchtlinge, sondern Milliarden Erdenbürger zu erfassen und den Zugriff auf deren Daten zu verwalten«, wobei diese die Identitätsnachweise »ergänzen und auch ersetzen können, die von den Regierungen der Heimatländer ausgestellt werden.

Neben WEF, Microsoft und Accenture nehmen am KTDI-Projekt teil:

Accor, AirAsia, Amadeus, das Department of Transport of Canada, Google, Hilton Worldwide, die International Air Transport Association (IATA), die Organisationen International Civil Aviation (ICAO) und International Criminal Police (INTERPOL), Marriott International, das Ministry of Security and Justice of the Netherlands, die National Crime Agency, das National Migration Institute (INM), das US Department of Commerce sowie das US Department of Homeland Security, Visa, die World Tourism Organization (UNWTO), das World Travel & Tourism Council (WTTC) und die Zurich Insurance Group.

08.03.24 9 / 11

Die Überwachung der Bevölkerung geschieht zwar mit elektronischen Mitteln, doch es sind auch Menschen erforderlich, die diese Überwachung notfalls mit Gewalt durchsetzen beziehungsweise gegen ihre Kritiker vorgehen.

"Doch wenn diese neue multipolare Welt wirklich »von der Diktatur eines […] Finanz- und Wirtschaftsmodells« befreit, »dessen einziger Zweck es ist, in die Schuld und Knechtschaft zu treiben«, weshalb haben dann auch jene Staaten, die sich dieser multipolaren Weltordnung verschrieben haben, die totale Kontrolle der Bürger im Sinn?

Warum werden im mächtigsten Staat dieser neuen Struktur, in China, die Bürger schon heute rund um die Uhr überwacht?

Warum waren sie mit voller Begeisterung bei der globalen Lockdown- und Impfkampagne 2020–2022 beteiligt?

Warum finden regelmässig Treffen des Weltwirtschaftsforums in Russland und China, den beiden führenden Staaten der BRICS-Gemeinschaft statt, die ja den Kern des multipolaren Modells bildet?

Die Antwort lautet:

Weil auch diese Länder, die sich heute gegen den Westen aufzulehnen scheinen, von der globalen Finanzelite gesteuert werden, und so gar nicht anders können, als in das von den USA begonnene Spiel von Krieg und Chaos einzusteigen.

Dieses grausame Spiel ist der einzige Weg, die historische Phase des Raubtier- oder Turbokapitalismus aufrechtzuerhalten, in der wir uns spätestens seit den 1980er-Jahren befinden.

Der globalen Elite, die davon profitiert, entstehen aus einer neuen multipolaren Welt keinerlei Nachteile, sondern sie wird sich diese ebenso einrichten, wie sie sich die bisherigen Welten – von »duopolar« (USA-UdSSR) bis »unipolar« (USA) – eingerichtet hatte. Und da der Raubtierkapitalismus ohne Krieg nicht überleben kann,

wird es auch in dieser eventuellen Neuen Weltordnung zu Kriegen kommen.

Daher ist auch nicht davon auszugehen, dass die Eliten tatsächlich eine Eine-Welt-Regierung anstreben, denn dafür hat sich das Prinzip des »Teile und Herrsche« über die Jahrtausende zu gut bewährt.

Wir sollten also nicht erwarten, dass eine multipolare Welt uns Bürgern mehr Freiheit bringt, sondern eher befürchten, dass uns der Niedergang des US-Imperiums mit den daraus folgenden wirtschaftlichen Verwerfungen und Nöten von den gleichzeitig laufenden Bestrebungen nach totaler Überwachung und Kontrolle ablenken soll.

Denn die klare Erkenntnis, dass unsere Versklavung durch die digitalen Möglichkeiten perfektioniert werden wird, würde jeden freiheitsliebenden Menschen auf die Barrikaden treiben. Doch diesen schleichenden Prozess bewusst wahrzunehmen, fällt angesichts der Multimediashow mit ihren wechselnden schrillen Bildern schwer, die uns vom bösen Putin, dem niederträchtigen Imperium, der Xi-Diktatur, dem korrupten Netanjahu, den brutalen Hamas-Kämpfern bis hin zu den unfähigen Politikern des Westens permanent dargeboten werden.

08.03.24 10 / 11

<u>Wie geht es nun weiter?</u> Die wirtschaftliche Entwicklung zeigt, dass Staaten und Banken uns Bürger noch mehr auspressen müssen, wenn sie das bisherige Wirtschaftssystem am Leben halten wollen.

<u>Und das bedeutet, dass wir in grossem Umfang wahrscheinlich die legale Konfiszierung von Bankguthaben, Pensionsfonds und Aktiendepots erleben werden.</u>

Staatseigentum wird an private Anleger verscherbelt, und die Bürger verlieren ihre Altersvorsorge und Ersparnisse.

Das Ergebnis ist über die Bargeldabschaffung die finanzielle Kontrolle der Bevölkerung.

Hinzu kommt ebenso wahrscheinlich ein vorsätzliches Versorgungsdefizit.

Will man die Menschen nicht verhungern lassen, so wird die Ressourcenverteilung zu einem Hauptthema werden. Die Rohstoffe, die zur Herstellung der Güter benötigt werden, werden,, damit jeder davon »profitieren« kann und nicht nur wenige zum »Zwecke der persönlichen Bereicherung". Dadurch wird die regionale Produktion, die einen Ausweg aus der Krise bieten könnte, verhindert.

Natürlich müssen auch Tauschhandel und alternative Währungsformen limitiert beziehungsweise verboten werden, damit das digitale Wirtschaftssystem funktioniert.

Laut Gerichtsurteilen gilt selbst **Griechenland nicht als sicheres Herkunftsland**, da es keine menschengerechte Versorgung der Flüchtlinge sicherstellen kann. Somit sind dann bald auch wir **kein sicheres Herkunftsland mehr! Und dann?**

Diese ganze Politik ist ein grossartiges, systematisches Staatsversagen inkl. der / ihrer übergeordneten Organisationen WHO, WER, UNO, EU usw.

Anstelle, dass man die Flüchtlings-Herkunftsländer diszipliniert und in die Verantwortung nimmt, greift man die NOCH funktionierenden Demokratien wie die Schweiz an!

Schliesslich steht immer noch die Möglichkeit eines Krieges im Raum.

Mehr als 40 Prozent des chinesischen Haushalts fliessen ins Militär, dies trotz hausgemachter wirtschaftlicher Probleme. Das sind 10x mehr als für die Bildung und 5x mehr als für die Wissenschaft und Technologie.

Die CN-Ausgaben für das Militär sind zudem wohl höher als die genannten US 300 Mrd. Und wenn **Putin gerade dabei ist, ein Drittel seines Haushalts für die Armee** auszugeben und auf Kriegswirtschaft umstellt, **kann es wohl nicht so sein, dass er damit nur die Ukraine im Auge hat!** Es gibt Journalisten und Politiker, die behaupten zäh das Gegenteil!! Zudem: Als Putin hätte ich - strategisch überlegt - mehr Angst vom chinesischen Nachbar als von den gegenwärtig abgerüsteten (zu Tode gesparten) europäischen Länder.

<u>Und in der Schweiz geben wir für unsere Verteidigung nicht einmal ein Prozent unseres</u>
<u>Staatshaushalts dafür aus! Das führt zur zwingenden Feststellung:</u>

Ein desorientiertes, unfähiges CH-Parlament unter dem Einfluss der SP und der Grünen!

Fazit: <u>Die Weltbevölkerung wächst rasant weiter</u>. Und die Bedeutung für den Klimawandel: Keine Chance, weltweit die Umweltprobleme, den Ressourcen-Verbrauch oder das Welt-Klimaproblem in den Griff zu bekommen, <u>ohne die Bevölkerung zu stabilisieren!</u>
Die gute Nachricht: Das Wachstum schwächt sich fast überall ab! Das Problem Afrika bleibt!

Quelle unter anderem: Buch «Chaos», von Peter Orzechowski

08.03.24 11 / 11